

Die «Monatsbriefe» sind Briefaktionen im Rahmen der «Urgent Actions». Für das Abo der Monatsbriefe wählen wir monatlich jeweils zwei Aktionen aus, für die ein Versand per Post an die Zielperson möglich ist und die Frist zum Mitmachen i.d.R. mindestens zwei Monate beträgt.

USA: BRIEFAKTION FÜR AUSLÄNDISCHE STUDIERENDE IN DEN USA

AUFENTHALTSSTATUS VON STUDIERENDEN GEFÄHRDET

Am 8. März wurde Mahmoud Khalil von Angehörigen der US-Einwanderungsbehörde rechtswidrig festgenommen und willkürlich inhaftiert. Der palästinensische Aktivist und Absolvent der New Yorker Columbia University war wegen seiner Rolle als Organisator von Studierendenprotesten an seiner Universität ins Visier der Behörden geraten. Diese entzogen ihm seine Aufenthaltsgenehmigung für die USA und leiteten ein Abschiebungsverfahren ein. Gegen mindestens neun weitere Studierende soll wegen ihrer Rolle bei Protesten ähnlich vorgegangen worden sein. Mindestens 1'300 weiteren wurde anscheinend mit vagen Begründungen das Visum entzogen.

Ausländischen Studierenden droht in den USA zunehmend Repression, Inhaftierung und mögliche Abschiebung, wenn sie an Protesten teilnehmen, die sich gegen die anhaltenden Kriegsverbrechen und den Völkermord im besetzten Gazastreifen richten.

Nach der Festnahme von Mahmoud Khalil am 8. März und dem Entzug seines Aufenthaltsstatus hat die US-Regierung weiteren sieben Personen die Studentenvisa widerrufen. Bei mindestens zwei weiteren Studierenden, die gegen den Konflikt im besetzten Gazastreifen protestiert oder sich kritisch dazu geäußert hatten, ist dieser Vorgang noch nicht abgeschlossen. Berichten zufolge wurde mindestens 1'300 weiteren Studierenden das Visum entzogen. Es ist auffällig, dass viele Betroffene aufgrund ihres Herkunftslandes oder ihrer Religion zur Zielscheibe wurden. Dies gelte insbesondere für Menschen aus afrikanischen, arabischen oder asiatischen Ländern oder aus dem Nahen Osten und/oder mit muslimischem Hintergrund.

Solch repressives Vorgehen zeugt von einer völligen Missachtung ihrer Menschenrechte. Alle Studierenden, Lehrkräfte und sonstige Universitätsangehörige haben das Recht auf freie Meinungsäußerung, friedliche Versammlung und ein ordnungsgemässes Verfahren sowie das Recht, nicht diskriminiert zu werden.

Am 8. März 2025 nahmen Angehörige des US-Heimatschutzministeriums in Zivil Mahmoud Khalil in seiner Wohnung auf dem Universitätscampus fest. Mahmoud Khalil ist ein palästinensischer Aktivist und Absolvent der New Yorker Columbia University, der sich aktiv am Solidaritätscamp für Gaza an der Universität beteiligte, wo er als Verhandlungsführer mit der Hochschulleitung fungierte und mit der Presse sprach. Er hat ausserdem seinen rechtmässigen dauerhaften Wohnsitz in den USA. Etwas später wurde die Festnahme von neun weiteren ausländischen Studierenden bekannt, die an Protesten teilgenommen oder sich gegen den Krieg im besetzten Gazastreifen und die Rolle der USA beim anhaltenden Völkermord an den Palästinenser*innen in Gaza ausgesprochen hatten. Sieben von ihnen wurde das Visum entzogen und/oder der Aufenthaltsstatus aberkannt. Zwei der Visuminhaber*innen beschlossen, das Land zu verlassen, um sich nicht den unmenschlichen Bedingungen in den Haftanstalten für Migrant*innen oder einer möglichen Abschiebung auszusetzen.

Am 27. März gab US-Aussenminister Marco Rubio bekannt, dass er seit Januar die Visa von mindestens 300 Studierenden und anderen Besucher*innen des Landes zurückgezogen habe. Er behauptete, die Betroffenen hätten «Universitäten verwüstet, Studierende belästigt, Gebäude besetzt und Krawall gemacht», ohne dafür Beweise zu liefern. Aus neueren Berichten geht hervor, dass mindestens 1'300 Studierenden das Visum entzogen wurde. Viele der betroffenen Studierenden geben an, dass sie nie an Protesten teilgenommen haben und auch nie über den Entzug ihres Visums informiert worden seien. Einige hatten während ihres Aufenthalts aus geringfügigen Gründen (z. B. wegen eines Strafzettels) mit der Polizei zu tun.

→ Dies ist eine gekürzte Fassung der Informationen. Den ungekürzten Text finden Sie online.

Setzen Sie sich für die betroffenen Student*innen ein – Unser Aktionsvorschlag:

- ✉ Senden Sie einen höflich formulierten **Brief per Post an die heimatschutzministerin der USA.**

Forderungen:

Den ungerechtfertigten Entzug der Visa und des Aufenthaltsstatus der betroffenen Studierenden und anderer Besucher*innen des Landes einstellen. Freilassung aller inhaftierten Studierenden, geplante Abschiebungen stoppen die gezielte Verfolgung von Studierenden wegen der Ausübung ihrer Menschenrechte durch den Entzug ihres Aufenthaltsstatus einstellen. Ihre Rechte auf freie Meinungsäußerung, friedliche Versammlung, ein ordnungsgemässes Verfahren und auf die Freiheit von Diskriminierung müssen respektiert werden.

- Schreiben Sie in Ihren eigenen Worten oder verwenden Sie den **Modellbrief auf der nächsten Seite.**
- Senden Sie den Brief **per Post** (oder per E-Mail/Fax).

HÖFLICH FORMULIERTEN BRIEF SENDEN AN

Secretary Kristi Noem
Department of Homeland Security, 300 7th St, SW
Washington, DC 20024, USA
E-Mail: dhssecretary@hq.dhs.gov

Porto: CHF 2.50

Anrede: Dear Secretary Kristi Noem, / Sehr geehrte Frau Ministerin

KOPIE AN

Botschaft der Vereinigten Staaten von Amerika
Sulgeneckstrasse 19, Postfach 134, 3001 Bern

Fax: 031 357 73 20

E-Mail: bernpa@state.gov / bern-protocol@state.gov

Porto = Schweiz



Online zudem:

- **Modellbrief in Englisch** sowie zusätzliche Aktionsmöglichkeiten in den **Sozialen Medien**

Link: <https://www.amnesty.ch/de/mitmachen/briefe-schreiben/urgent-actions/liste/2025/ua-042-25-usa>

Alternativ können Sie auf [amnesty.ch](https://www.amnesty.ch) im Suchfeld  auch **die Nummer oben rechts** eingeben, den **Titel dieser Aktion** oder den **Namen der Person**.

Secretary Kristi Noem
Department of Homeland Security
300 7th St, SW
Washington, DC 20024
USA

Sehr geehrte Frau Ministerin

Am 8. März wurde Mahmoud Khalil von Angehörigen der US-Einwanderungsbehörde rechtswidrig festgenommen und willkürlich inhaftiert. Der palästinensische Aktivist und Absolvent der New Yorker Columbia University war wegen seiner Rolle als Organisator von Studierendenprotesten an seiner Universität ins Visier der Behörden geraten. Diese entzogen ihm seine Aufenthaltsgenehmigung für die USA und leiteten ein Abschiebungsverfahren ein. Gegen mindestens neun weitere Studierende soll wegen ihrer Rolle bei Protesten ähnlich vorgegangen worden sein. Mindestens 1'300 weiteren wurde anscheinend mit vagen Begründungen das Visum entzogen.

Ich fordere Sie auf, den ungerechtfertigten Entzug der Visa und des Aufenthaltsstatus der betroffenen Studierenden und anderer Besucher*innen des Landes einzustellen. Lassen Sie alle inhaftierten Studierenden frei, stoppen Sie geplante Abschiebungen und stellen Sie die gezielte Verfolgung von Studierenden wegen der Ausübung ihrer Menschenrechte durch den Entzug ihres Aufenthaltsstatus ein. Ihre Rechte auf freie Meinungsäußerung, friedliche Versammlung, ein ordnungsgemässes Verfahren und auf die Freiheit von Diskriminierung müssen respektiert werden.

Hochachtungsvoll,

Kopie:

Botschaft der Vereinigten Staaten von Amerika, Sulgeneckstrasse 19, Postfach 134, 3001 Bern
Fax: 031 357 73 20 / E-Mail: bernpa@state.gov / bern-protocol@state.gov

Die «Monatsbriefe» sind Briefaktionen im Rahmen der «Urgent Actions». Für das Abo der Monatsbriefe wählen wir monatlich jeweils zwei Aktionen aus, für die ein Versand per Post an die Zielperson möglich ist und die Frist zum Mitmachen i.d.R. mindestens zwei Monate beträgt.

CÔTE D'IVOIRE (ELEFENBEINKÜSTE): BRIEFAKTION FÜR GHISLAIN DUGGARY ASSY ZWEI JAHRE HAFT FÜR GEWERKSCHAFTER

Ghislain Duggary Assy leitet die Kommunikationsabteilung der Lehrer*innengewerkschaft *Mouvement des Enseignants pour la Dynamique de la Dignité*. Er wurde in der Nacht vom 2. auf den 3. April von verummten Männern in seinem Haus festgenommen. Zuvor hatte ein Bündnis aus Lehrer*innengewerkschaften zu einem Streik am 3. und 4. April aufgerufen, um unter anderem eine Erhöhung der vierteljährlichen Zulagen zu fordern. Am 4. April erging Anklage gegen Ghislain Duggary Assy. Er soll eine kollektive Aktion von Staatsbediensteten jenseits des gesetzlich zulässigen Rahmens organisiert und «die Arbeit des öffentlichen Dienstes behindert» haben. Am 8. April wurde er zu zwei Jahren Haft verurteilt.

Der Lehrer und Gewerkschafter Ghislain Duggary Assy wurde willkürlich inhaftiert und muss umgehend und bedingungslos freigelassen werden.

Ghislain Duggary Assy leitet die Kommunikationsabteilung der Lehrer*innengewerkschaft *Mouvement des Enseignants pour la Dynamique de la Dignité*. Er wurde in der Nacht vom 2. auf den 3. April von verummten Männern in seinem Haus festgenommen. Zuvor hatte ein Bündnis aus Lehrer*innengewerkschaften zu einem Streik am 3. und 4. April aufgerufen. Ghislain Duggary Assy wurde noch in der gleichen Nacht auf der Polizeiwache befragt, ohne dass ein Rechtsbeistand anwesend war. Nach seiner Überstellung an das Büro der Staatsanwaltschaft am 4. April erhielt er Zugang zu einem Rechtsbeistand und wurde von der Staatsanwaltschaft in Gewahrsam überstellt.

Am 8. April wurde Ghislain Duggary Assy wegen der «Vereinigung von Staatsbediensteten» und «Behinderung der Arbeit des öffentlichen Dienstes» zu zwei Jahren Haft verurteilt. Sein Rechtsbeistand legte am Tag nach der Verurteilung Rechtsmittel ein; der Termin für die Anhörung steht noch aus. Ghislain Duggary Assy ist derzeit im Zentralgefängnis von Abidjan inhaftiert.

Seine friedliche Aktion, zum Streik aufzurufen, um unter anderem die Anhebung der vierteljährlichen Zulagen für Lehrkräfte zu fordern, stellt kein Verbrechen dar. Amnesty International kritisiert, dass seine Festnahme und Inhaftierung allein auf die friedliche Ausübung seiner Rechte auf freie Meinungsäußerung und Versammlung zurückzuführen ist. Seine Verurteilung und ein Dutzend Festnahmen im Anschluss an die Streikankündigung an die Bildungsministerin vom 21. März 2025 stellen eine eklatante Verletzung der Menschenrechte von Arbeitnehmer*innen dar. Dazu gehören insbesondere die Rechte auf freie Meinungsäußerung, Streik und Vereinigungsfreiheit, die in der ivoirischen Verfassung und in Menschenrechtsabkommen wie der Afrikanischen Charta der Menschenrechte und Rechte der Völker und dem Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte, deren Vertragsstaat Côte d'Ivoire ist, garantiert werden.

→ Dies ist eine gekürzte Fassung der Informationen. Den ungekürzten Text finden Sie online.

Setzen Sie sich für Ghislain Duggary Assy ein – Unser Aktionsvorschlag:

 Senden Sie einen höflich formulierten **Brief per Post an den Minister für Justiz und Menschenrechte**.

Forderungen:

Aufhebung des Schuldspruchs und die verhängte Haftstrafe gegen Ghislain Duggary Assy. Seine unverzügliche und bedingungslose Freilassung, da er allein wegen seines friedlichen Einsatzes für die Menschenrechte inhaftiert ist.

→ Schreiben Sie in Ihren eigenen Worten oder verwenden Sie den **Modellbrief auf der nächsten Seite**.

→ Senden Sie den Brief **per Post** (oder per E-Mail).

HÖFLICH FORMULIERTEN BRIEF SENDEN AN

Mr Jean Sansan Kambilé
Minister of Justice and Human Rights
Plateau immeuble Symphonie, cité administrative
tour B 16e et 17e étage
BP V 107 Abidjan
Côte d'Ivoire

E-Mail: minjusticedroitdelhomme@gmail.com

Porto: CHF 2.50

Anrede: Monsieur le Ministre, / Sehr geehrter Herr Minister

KOPIE AN

Botschaft der Republik Côte d'Ivoire
Thormannstrasse 51
3005 Bern

Fax: 031 350 80 81

E-Mail: info.suisse@diplomatie.gouv.ci

Porto = Schweiz

Online zudem:

→ **Modellbrief in Französisch und Englisch**

→ Zusätzliche Aktionsmöglichkeiten in den **Sozialen Medien**

Link: <https://www.amnesty.ch/de/mitmachen/briefe-schreiben/urgent-actions/liste/2025/ua-041-25-elfenbeinkueste>

Alternativ können Sie auf [amnesty.ch](https://www.amnesty.ch) im Suchfeld  auch **die Nummer oben rechts** eingeben, den **Titel dieser Aktion** oder den **Namen der Person**.

Mr Jean Sansan Kambilé
Minister of Justice and Human Rights
Plateau immeuble Symphonie, cité administrative
tour B 16e et 17e étage
BP V 107 Abidjan
Côte d'Ivoire

Sehr geehrter Herr Minister

Ghislain Duggary Assy leitet die Kommunikationsabteilung der Lehrer*innengewerkschaft Mouvement des Enseignants pour la Dynamique de la Dignité. Er wurde in der Nacht vom 2. auf den 3. April von verummten Männern in seinem Haus festgenommen. Zuvor hatte ein Bündnis aus Lehrer*innengewerkschaften zu einem Streik am 3. und 4. April aufgerufen, um unter anderem eine Erhöhung der vierteljährlichen Zulagen zu fordern. Am 4. April erging Anklage gegen Ghislain Duggary Assy. Er soll eine kollektive Aktion von Staatsbediensteten jenseits des gesetzlich zulässigen Rahmens organisiert und «die Arbeit des öffentlichen Dienstes behindert» haben. Am 8. April wurde er zu zwei Jahren Haft verurteilt.

Hiermit fordere ich Sie auf, dafür zu sorgen, dass der Schuldspruch und die gegen Ghislain Duggary Assy verhängte Haftstrafe aufgehoben werden und dass er unverzüglich und bedingungslos freigelassen wird, da er allein wegen seines friedlichen Einsatzes für die Menschenrechte inhaftiert ist.

Hochachtungsvoll,

Kopie:

Botschaft der Republik Côte d'Ivoire, Thormannstrasse 51, 3005 Bern
Fax: 031 350 80 81 / E-Mail: info.suisse@diplomatie.gouv.ci